

Harsche Kritik an Eckpunkten des Atomausstiegs

Kreis-Grüne diskutieren noch, während die Parteispitze die entgegengesetzte Marschrichtung beschließt



Am Donnerstagabend ahnten die Kreis-Grünen in der Gaststätte "Uhlandhöhe" noch nicht, dass die Parteispitze dem Atomausstieg nun doch zustimmen möchte. Foto: Jan Zawadil

Manche Diskussion überholt sich selbst: Während sich die Kreis-Grünen gegen die schwarz-gelben Vorgaben zum Atomausstieg aussprachen, beschloss die Parteispitze die entgegengesetzte Marschrichtung.

JAN ZAWADIL

Reutlingen. Die Angst als „Dagegen-Partei“ gegen die einst eigenen Ziele dazustehen ist groß. So groß, dass sich die Grünen-Spitze am Donnerstagabend auf einen Leitantrag einigte, sich dem schwarz-gelben Atomausstieg zu beugen. Doch während bei den Bundes-Grünen die Telefondröhte glühten, beschäftigte sich die eigens einberufene Kreisversammlung der Reutlinger Grünen am Donnerstagabend parallel mit dem gleichen Thema. Nur dass in der „Uhlandhöhe“ nicht nur harsche Kritik an den Eckpunkten des Atomausstiegs deutlich wurde, letztlich herrschte auch Konsens darüber, dass im Bundestag gegen das Ausstiegsgesetz gestimmt werden müsse.

Dementsprechend und ohne das Wissen um die Pläne der Parteispitze wurde das bisherige schwarz-gelbe Ausstiegsvorhaben zerlegt. „Die Bundesregierung muss ihre Fehlentscheidung komplett zurücknehmen“, erklärte Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke. Wobei sie Probleme damit habe, die jetzigen Pläne als Atomausstieg zu bezeichnen. Sei der Schritt doch nicht aus Einsicht und der Konsequenz aus Fukushima, sondern aufgrund verlorengegangener Wahlen und des Drucks von der Straße geschehen. Trotzdem gehe es darum, ob dem Atomausstieg das „grüne Gütesiegel“ gegeben werden kann. Und da werde die Abschaltung der sieben Altmeiler inklusive Krümmel zwar befürwortet, die so genannte Kaltreserve sei hingegen „technischer Quatsch“.

Kritik hagelte es auch für den Plan, sechs Meiler kurz vor dem endgültigen Ausstiegsdatum im Jahr 2022 auf einen Streich vom Netz zu nehmen. Vielmehr plädierte Müller-Gemmeke für die stufenweise Abschaltung, wie ursprünglich von der rot-grünen Bundesregierung vorgesehen, und gleichzeitig die regenerativen Energien auszubauen. Sei doch mit der konzentrierten Abschaltung am Ende des Ausstiegsplan eine neuerliche Diskussion denkbar, ob der Abschied von der Atomkraft überhaupt möglich sei. Kritisch bewertete die Bundestagsabgeordnete darüber hinaus, dass an der Sicherheit der Meiler bis zum Ausstieg nichts verändert werde und eine offene Endlagersuche nicht stattfinde.

Der gesellschaftliche Konsens existiere nicht, bemängelte Müller-Gemmeke: „Merkel redet derzeit nicht mit den Umweltverbänden.“ Das könne nicht akzeptiert werden. Die Grünen hätten auf Bundesebene das Gespräch mit den Verbänden gesucht. Die hätten wiederum erklärt, dass die Partei den jetzigen Plänen nicht zustimmen, sondern den eigenen Vorschlag mit einem Ausstieg im Jahr 2017 weiter verfolgen solle, um vertrauenswürdig zu bleiben.

Verdächtig am Ausstiegsdatum ist für den Landtagsabgeordneten Thomas Poreski außerdem, dass bis 2022 drei Bundestagswahlen liegen und ergänzte: „Die haben uns ein Mal beschissen. Die Gelegenheit geben wir ihnen nicht wieder.“ Zudem kritisierte er, dass das Ziel der Bundesregierung von 35 Prozent an erneuerbaren Energien bis 2020 wie bisher bestehe. „Das kann nicht funktionieren.“ Mit dem geplanten Ausbau der Kohlekraft werde derzeit wieder eine starke Lobby aufgebaut. Während sich die Kreisversammlung gegen eine Zustimmung zum schwarz-gelben Atomausstieg aussprach, wird sich die grüne Basis bis Ende Juni gedulden müssen. Ein Sonderparteitag in Berlin wird darüber entscheiden, ob man dem Atomausstieg zustimmt.